

Das Abonnement
auf dies mit Ausnahme der
Sonntage täglich erscheinende
Blatt beträgt vierteljährlich
für die Stadt Posen 1½ Thlr.,
für ganz Preußen 1 Thlr.
24½ Sgr.

Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des
In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Amtliches.

Berlin, 26. September. Se. Maj. der König haben Allernädigst
gernbt: Dem Militär-Intendanten A. v. Endt vom 4. Armeekorps und Geh.
Kriegsrath Koellner vom 8. Armeekorps den Titel und den Rang eines
Wirkl. Geh. Kriegsraths und Raths zweiter Klasse zu verleihen.

Der Baumeister Ernst Schmidt ist zum Königlichen Wasserbaumei-
ster ernannt und demselben die technische Hülfsarbeiterstelle bei der Rhein-
strom-Bauverwaltung zu Koblenz verliehen worden.

Der bisherige Kreisrichter Barnabas in Kirchbundem ist zum
Rechtsanwalt bei dem Kreisgericht in Paderborn und zugleich zum Notar im
Departement des Appellationsgerichts daselbst, mit Anweisung seines Wohn-
sitzes in Büren, ernannt worden.

Der Tierarzt erster Classe Holzen dorff zu Bok ist zum Kreis-
Tierarzt des Kreises Liebenwerda im Regierungsbezirk Merseburg ernannt
worden.

Die Geheimen revidirenden Rekalkulatoren Hoeler, v. Klinowski,
Frohmann und Trepp sind zu Geheimen Rechnungs-Revisor-
nern ernannt worden.

Telegramme der Posener Zeitung.

Wien, 25. September, Abends. Die „Generalcorrespondenz aus
Destreich“ vernimmt aus sicherer Quelle, daß die von verschiedenen Blät-
tern gebrachten Mittheilungen über den angeblich an die kaiserliche Regie-
rung gerichteten Vorschlag der preußischen Regierung zu einer gemein-
schaftlichen Entgegnung auf die Rundschreiben, welche jüngst anlässlich
der Gasteiner Konvention von Frankreich und England an ihre diploma-
tischen Vertreter ergangen sein sollen, jeder Begründung ermangeln. Die
„Generalcorrespondenz“ erklärt, daß weder die französische noch die bri-
tische Regierung, sei es im amtlichen oder außeramtlichen Wege, irgend
welche Eröffnung im Sinne der erwähnten Rundschreiben an das kaiser-
liche Kabinett haben gelangen lassen, daß mithin auch für letzteres kein
Anlaß zu Gegenbemerkungen vorliege.

Kiel, 25. September, Abends. Wie die „Kieler Zeitung“ meldet,
ist Reimer zum vortragenden Rath des Stathalters, Kraus zum Chef
der dritten Sektion der holsteinischen Landesregierung ernannt. — Gestern
ließen das Kanonenboot „Skorpion“ und zwei Ruderkanonenboote von
Stralsund kommend hier ein.

Paris, 25. September, Abends. Bei der heutigen Wahl im
Oise-Departement wurde der Regierungskandidat Barillon, früheres
Mitglied der Constituante und ehemaliger Kommissar der provisorischen
Regierung im Oise-Departement, mit 17,243 Stimmen von 27,848

Bern, 25. September, Nachmittags. Seitens der königlich würt-
tembergischen Regierung ist an den Bundesrat die offizielle Anzeige ge-
langt, daß dieselbe behufs Aufrechterhaltung und Befestigung der freund-
schaftlichen Beziehungen mit der Schweiz die Errichtung einer diplomati-
schen Vertretung hier selbst beschlossen und zu diesem Posten den Baron
v. Spizemberg mit dem Range eines Geschäftsträgers ernannt hat.

Copenhagen, 25. September, Nachmittags. In der heutigen
Sitzung des Folkethings setzte die Partei der Bauernfreunde, in Folge
der Abwesenheit vieler Mitglieder momentan in der Majorität, mit 29
von 57 Stimmen die Wahl des wegen seines politischen Verhaltens so-
eben abgesetzten Pastors Birkedahl zum zweiten Vicepräsidenten durch.
Als erster Vicepräsident wurde J. A. Hansen wieder gewählt.

Perleberg, 25. September. May beantragte seine Frei-
lassung gegen Haftung von 1000 Thalern. Beschluss hierüber ist
noch nicht gefaßt, weil die Anklage Seitens der Staatsanwaltschaft
noch nicht erhoben ist. Der Eingang der Akklageschrift wird in den nächsten Tagen erwartet; die mündliche Verhandlung
vielleicht schon Ende nächster Woche. Oberstaatsanwalt Adlung
betreibt persönlich die Untersuchung mit Umgehung des hiesigen
Staatsanwalts. Die Behandlung May's ist höchst rücksichtsvoll.
May erhält Licht, Cigarren, Lektüre, Zeitungen ausgenommen.

Perleberg, 26. September. Die Anklage gegen May ist
nunmehr definitiv erhoben; sie wird eingeleitet wegen eines Artikels
aus der „Schleswig-Holsteinschen Zeitung“, worin die Chorfürst
gegen Se. Maj. den König verlebt sein soll. Der Termin zur
mündlichen Verhandlung ist auf den 6. Oktober anberaumt.

Was wird aus dem Abgeordnetentage?

Der Abgeordnetentag war einberufen, das Recht Schleswig-Hol-
steins gegen die Gasteiner Konvention zu schützen. Der größere Theil der
Presse fand die Fassung des Einladungsschreibens unangemessen, es ward
getadelt, daß der „Stadtverordnete“ Dr. Müller, der streng genom-
men gar nicht in den Abgeordnetentag gehöre, demselben sein Programm
aufzudringen suche. In einer Versammlung zu Berlin erklärten sich nur
drei bis vier Landtagsmitglieder für den Besuch des Abgeordnetentages,
doch auch diese mit einer Unbestimmtheit, welche die Ausführung des
Entschlusses zweifelhaft ließ. In Destreich wird selbst die Aufforderung
zum Besuch des Abgeordnetentages von der Staatsanwaltschaft verfolgt,
und die Landtagsabgeordneten von Kassel haben gar einstimmig ihre Be-
teiligung abgelehnt. Um so rüdiger ist man, wird versichert, in Sü-
deutschland und auf Seiten derjenigen, welche den deutschen Abgeordneten-
tag zu einer bloßen Protestversammlung gegen Preußen zuspielen möchten.
In ganz Bayern und Württemberg scheint man nur diese eine negative
Wirkung im Auge zu haben, und selbst Männer, die sonst entschieden
einer anderen Anschauungsweise huldigten, stehen augenblicklich so sehr
unter dem Druck dieser übermächtigen Strömung des dortigen Volksge-
istes (wie sie unter anderem aus den Resolutionen des Lindauer und an-
derer Schleswig-Holsteiner deutlich zu erkennen ist), daß sie nicht da-
gegen anzutämpfen wagen. In Darmstadt hat sich eine deutsche „Volks-
partei“ konstituiert, die auf ihr Programm in erster Linie die entschiedenste
Opposition gegen „Preußens Ansprüche“ schreibt, und wenn auch dieser
Vereinigung nach der Zahl ihrer Theilnehmer kein zu großes Gewicht

beizulegen ist, so zeigt sich doch darin, wie in noch manchen andern An-
zeichen, die in weiten Kreisen vorhandene Hinneigung zu einem völligen
schroffen Bruch entweder mit beiden deutschen Bormächten oder doch mit
der norddeutschen, Preußen, und zur Bildung einer dritten Gruppe.

Wenn — sagt die „D. A. Z.“ — diese Richtung in der Versamm-
lung zu Frankfurt triumphirte, wenn bei den zur Zeit am meisten be-
rechtigten Wortführern der deutschen Nation, den gesetzlichen Vertretern
der verschiedenen deutschen Länder, ein solcher, nicht so leicht wieder aus-
zutilgender Zwiespalt zwischen einem mittel- und kleinstaatlichen Deutsch-
land und den beiden deutschen Großmächten sich aufstätte, wenn statt des
Versuchs einer Wiederannäherung beider Theile der Riß, der schon jetzt
durch Deutschland geht, nur größer, vielleicht unheilbar werden sollte, —
so würde die Verantwortung dafür in erster Reihe allerdings die derma-
lige Politik der preußischen Regierung, die leider alles gethan hat, um die
öffentliche Meinung des übrigen Deutschland von sich zurückzustossen
und zu verbittern, in nicht viel geringerem Grade aber auch die preußi-
schen Abgeordneten treffen, wofern nämlich diese wirklich dabei beharrten,
nichts zu thun, um ihrerseits die verderblichen Wirkungen einer solchen
Politik zu entkräften und, so viel an ihnen ist, ungeschehen zu machen.

Wir glauben zu wissen, welches die Gründe sind, aus denen na-
mentlich die Wortführer der liberalen Majorität im preußischen Abgeord-
netenhaus Scheu tragen, nach Frankfurt zu geben. Abgesehen von der
Unsicherheit, die sie zu fühlen scheinen, inwieweit sie für ihr Vorgehen in
ihrer Partei selbst und im Volke einen festen Rückhalt haben möchten,
fürchten sie vor die verhängnisvolle Wahl gestellt zu werden: entweder
für das System Bismarck oder gegen die Lebensinteressen Preußens auf-
treten zu müssen.

Das mag allenfalls von den reinen Annexionisten gelten, obwohl
doch auch sie für die Befragung der Bevölkerungen sich recht wohl aus-
sprechen könnten, da ja selbst die in Paris erschienene „preußische Bro-
chüre“ dies Recht „im Prinzip“ anerkennt. Aber es giebt, wie wir zu-
verlässig wissen, im preußischen Abgeordnetenhaus neben jenen reinen
Annexionisten auch viele ehrenwerthe, durch Talent, Ansehen und Erfah-
rung hervorragende Männer, welche mit uns und andern Anhängern
eines preußisch-deutschen Bundesstaats der Überzeugung sind, daß nur
dieser letztere Weg, nicht der Weg bloßer Annexion, derjenige sei, der zur
wahren Größe Deutschlands und auch Preußens führe. An diese Männer,
unsere näheren Bekanntschaften wenden wir uns, sie beschwören
uns im Namen der von uns und ihnen gemeinsam vertretenen Sache,
daß sie nicht diese Sache im Stich lassen in einem Augenblick, wo für
dieselbe möglicherweise viel gewonnen, aber auch leicht weit mehr verloren
gegeben werden kann. Sie mögen bedenken, daß ihr Gehen oder Nicht-
gehen für sehr viele ihrer Parteigenossen im übrigen Deutschland das
Signal sein wird, gleichfalls entweder auf dem Abgeordnetentage zu er-
scheinen oder sich davon fern zu halten. Denn den Vertretern des preu-
ßisch-deutschen Bundesstaats außerhalb Preußens wird man es vielwenig
verdenken können, wenn sie nicht nach Frankfurt gehen, sobald sie
wissen, daß sie dort allein stehen würden, verlassen, preisgegeben von de-
nen, deren nächste Pflicht und eigenstes Interesse es wäre, mit ihnen
vereint dort zu kämpfen. Sie mögen bedenken, daß, wenn durch ihre
Schulz die Versammlung des 1. Oktober kein Abgeordnetentag des gan-
zen, sondern nur einer des mittel- und kleinstaatlichen Deutschland wird,
auf sie die Verantwortung zurückfällt für alle die Beschlüsse, welche dann
vielleicht, ja sehr wahrscheinlicherweise dort in ebendiesem beschränkten
Sinne gefaßt werden, Beschlüsse, die, wenn sie auch möglicherweise keine
positiv-praktischen Erfolge erzielen, doch jedenfalls negativ einer gedeihli-
chen Entwicklung der deutschen Dinge insofern schweren Nachtheil brin-
gen möchten, als sie die Verwirrung und den Zwiespalt in der öffentlichen
Meinung zu vergrößern und andauernd zu machen beitragen müßten.

Die „Deutsche Allg. Ztg.“ hätte vor dem österreichischen Staatsstreich
mit dieser Mahnung noch Recht gehabt. Jetzt liegen die Dinge ganz anders;
die Frage der Herzogthümer steht nicht mehr im Vordergrunde
der deutschen Politik, es ist nunmehr die österreichische Verfassungsfrage,
die Alles absorbiert. Wird Destreich deutsch oder ungarisch-slawisch? ist
die für die deutschen Parlamente jetzt wichtigste Frage. Kommt der
Schwerpunkt der österreichischen Monarchie nach Osten, so erhält die preu-
ßisch-deutsche Politik von Stunde an ihre höhere Berechtigung, und die
Parlamente haben dann die Aufgabe, ihr diejenige Unterstützung zu ge-
währen, welche ihr das österreichische Bündniß entbehrlieblich macht. Dieses
Bündniß haben wir stets nur als ein vorübergehendes angesehen, und
wir beharren dabei, daß ohne Destreich die Elbherzogthümer für Deutsch-
land zwar nicht erworben werden könnten, wohl aber ihre Reorganisa-
tion ohne den entscheidenden Einfluß Destreichs erfolgen kann, umso-
mehr, wenn Destreich sich gezwungen sieht, sich wieder auf seine nicht-
deutschen Völkerschaften zu stützen. Es wäre in diesem Augenblicke ein
großer Verstoß, in Frankfurt eine Agitation gegen Preußen zu inaugu-
riren, die den Kleinstaaten, wie den Herzogthümern nicht nur nicht
nützen, sondern positiv schaden würde. Alle Agitation in den Kleinstaa-
ten gegen Preußen drängt dieses wider Willen zu Destreich hinüber, wäh-
rend es Aufgabe der gesamten liberalen Parteien Deutschlands sein
muß, Preußen von Destreich zu erlösen.

Die Proteste in Frankfurt gegen die norddeutsche Bormacht wären
daher jetzt, wo eine Möglichkeit vorliegt, die Politik der beiden Groß-
mächte zu trennen, sehr wenig an der Zeit, und fällt der Abgeordneten-
tag so aus, wie zu erwarten steht, so wären seine Proteste nichts als
eine klägliche Demonstration. Das Gerathenste wäre demnach eine
Vertagung, bis die Dinge in Destreich sich geklärt, d. h. die dortigen
Landtage gesprochen haben.

Deutschland.

Preußen. — Berlin, 24. Sept. [Zur Lauenburger
Huldigung und Besitzergreifung; Personalia; Mitthei-
lung der Konvention in Paris.] Der König geht also nun doch

Inserate
1½ Sgr. für die fünfgefaß-
tene Zeile oder deren Nam,
Reklamen verhältnismäßig
höher, sind an die Expedi-
tion zu richten und werden
für die an denselben Tage er-
scheinende Nummer nur bis
10 Uhr Vormittags an-
genommen.

nach Lauenburg zur Huldigung, im Widerspruch mit unserer neulich
gegebenen Nachricht, und doch hatten wir damals Recht, denn, wie wir
es geschrieben, war an jenem Tage noch keine Entscheidung getroffen,
und unsere Mittheilung der Lage der Dinge entsprechend. Mancherlei
Rücksichten, namentlich die von uns gebrachte, waren für eine Vertagung
der Reise geltend gemacht worden — jetzt plötzlich hat man diese Rücksich-
ten nicht mehr für durchgreifend erachtet, und so ist denn für jetzt schon
die Reise nebst Huldigung beschlossen worden.

Bon einer Verwendung des Herrn Brauchitsch für Lauenburg wird
vielfach in der Presse gesprochen, doch ist diese Nachricht unbegründet;
Herr v. Brauchitsch tritt zwar aus dem Dienste, doch ist von einer an-
derweitigen Verwendung jetzt nicht die Rede. (S. u.)

Der „Presse“ wird aus Paris geschrieben, obgleich die Kontra-
henten von Gastein übereinkommen wären, diesen Alt als innere deut-
sche Angelegenheit nicht zum Gegenstande der Mittheilungen an fremde
Höfe zu machen, habe doch Herr v. Bismarck den Grafen Goltz beauf-
tragt, in Paris davon Mittheilung zu machen. Diese Notiz zeigt recht,
wie leichtfertig manche Korrespondenten, besonders die der Wiener Presse,
in ihren Berichten sind, und wollen wir deshalb, nachdem wir in gut
unterrichteten Kreisen Nachforschungen angestellt, das Wahre mittheilen.
Es haben sich nämlich gerade die preußische und österreichische Regierung
dahin geeinigt, die Konvention abschriftlich an ihre Gesandten bei den
verschiedenen Höfen zu überenden, mit der Ermächtigung, sie zur Kennt-
nisnahme gehörigen Ortes mitzutheilen, d. h. also gerade das Gegenteil
von dem, was gesagt ist. Die Mittheilung an die Höfe ist auch gesche-
hen, der österreichische Gesandte hat die seine sogar früher gemacht, als die
preußische nach Paris hingelangt ist, was übrigens in der Sache selbst
ganz gleichgültig ist.

V Berlin, 25. September. Allem Anschein nach sind hier die
verschiedenen Angaben über diesseitige Pläne bezüglich der Abtreitung
von Nordschleswig und dergleichen Dinge über vermerkt worden;
nichts liegt in der That den diesseitigen Intentionen in diesem Augen-
blicke ferner. Man wird auf diese Gerüchte mit den großartigen Befes-
tigungen auf Alsen antworten, welche mit allem Eifer betrieben werden,
anderseits aber ist bereits angeordnet, daß zahlreiche Kavallerie-Detache-
ments an der südlichen Grenze stationirt werden, um keinerlei dänische
Agitationen aufkommen zu lassen. — Der König ist heute Mittag nach
Lauenburg abgereist. Die beiden Prinzen Albrecht (Vater und Sohn)
waren am Bahnhof anwesend, begaben sich aber in die Stadt zurück. Das
ganze königliche Gefolge (auch der Generalarzt) war in großer Uniform.
Am Mittwoch wird der König zurückverarbeitet. — Der bekannte Natio-
nalökonom Dr. Faucher (Mitglied des Abgeordnetenhauses) will jetzt
zur Wiederherstellung seiner Gesundheit einen längeren Aufenthalt hier
nehmen.

In dieser Woche werden in Bremen die Verhandlungen mit
dem Zollverein wieder aufgenommen.

Se. M. Schiff „Nymphae“ und Kanonenboot „Delphin“
find am 22. d. glücklich im Pyräus angelommen.

Aus Danzig hört die „Kreuzzeitung“, daß der Landrat von
Brauchitsch nach Ablauf seines bisherigen Urlaubs aus Gesundheits-
rücksichten seine Entlassung aus dem Staatsdienst nachge sucht hat. Alle
daran geknüpfte anderweitige Gerüchte sind grundlos.

Breslau, 25. Sept. Der Regierung-Präsident Dr. v. Vie-
bach zu Oppeln hat unterm 15. d. M. an sämtliche Landrätheämter
des Oppelner Departements folgende Verfügung ergehen lassen:

Unter dem Titel: „Braterwo“ (Verbrüderung), verfaßt und heraus-
gegeben von dem Redaktions-Komitee des Vereins polnischer Geistlichen im
Auslande, erscheint seit einiger Zeit in der polnischen Druckerei des Grafen
Stanislaus Platner in Breslau bei Bürich in Monatsheften eine pol-
nische Druckschrift, welche den Zweck hat, die unteren Klassen der polnischen
Stadt- und Landbevölkerung für die Idee der Verbrüderung aller Stände,
als notwendige Vorbereitung zur Abwerfung der Fremdherrschaft, zu gewin-
nen. Der Inhalt der bisher erschienenen Hefte gibt entschieden darauf hin-
aus, die polnische Bevölkerung, insbesondere den Bauernstand, zum Hass
gegen die als Feinde der polnischen Nation und des wahren Glaubens
bezeichneten Deutschen und Russen aufzufachen und unter dem Vorwande
der Vertheidigung von Religion, Nationalität und Freiheit in den Landes-
theilen polnischer Bunge den Samen der Revolution auszustreuen. Wegen
Verbreitung des ersten Heftes dieser Druckschrift ist gegen den Buchhändler
Bupanski in Polen nach erfolgter Beschlagnahme der bei demselben vorge-
fundenen Exemplare bereits die gerichtliche Untersuchung auf Grund der
Ss. 87 und 100 des Strafgebschuchs, so wie der Ss. 7, 8 und 29 des Pre-
gesetzes vom 12. Mai 1821 eingeleitet worden. Hierdurch hat es aber noch
nicht verhindert werden können, daß auf anderen Wegen die erwähnte revo-
lutionäre Druckschrift in den eine polnische Bevölkerung enthaltenden Landes-
theilen Verbreitung gefunden hat und andauernd findet. Briefe aus der
polnischen Emigration in der Schweiz, welche von der Polizeibehörde zu Po-
len in Besitz genommen worden sind, geben Gewissheit darüber, daß die
Verteilung von Exemplaren jener Druckschrift in bedeutender Anzahl auch
nach Oberschlesien, um unter der hiesigen polnischen Bevölkerung verbreitet
zu werden, beabsichtigt worden ist. Das ic. veranlaßt ich demzufolge, nach
der vorbezeichneten Druckschrift bei den Buchhändlern des dortigen Verwal-
tungsbezirks durch die Ortspolizeibehörden recherchieren zu lassen und die
etwa vorgefundenen Exemplare der zuständigen Staatsanwaltschaft zu über-
geben.

Aus dem Lauenburgischen, 20. September, schreibt man
der „Eisenbahnzeitung“: In Folge eines Konvocationschreibens des
Landmarschallamtes vom 18. d. Mts. war gestern in Ratzeburg der
Landeskongress zusammengetreten, um über die von Seiten der Ritter-
und Landschaft bei Gelegenheit des bald zu erwartenden Besuchs unseres
Königs zu veranstaltenden Empfangs- und sonstigen Festlichkeiten Be-
schluß zu fassen. Es ist ein Festauschuß von vier Mitgliedern ernannt,
der während der Anwesenheit unseres Königs im Herzogthum sich bestän-
dig in Ratzeburg aufzuhalten haben wird und dem aus der landschaftli-
chen Kasse die erforderlichen Mittel in unbeschränktem Maße zur Verfü-
gung gestellt worden sind. Bei dieser Gelegenheit hat man auch von
Seiten der Ritter- und Landschaft das Besitznahmepatent Sr. Majestät
vom 13. September 1865 diskutirt und Bedenken getragen, sich bei der
in demselben gegebenen Zusicherung „des landesherrlichen Schutzes, die
Bewohner des Landes gerecht zu regieren, das Land und seine Bewohner

bei ihren wohlerworbenen Rechten zu schützen und die landesherrliche Fürsorge auf die Wohlfahrt derselben richten zu wollen", zu beruhigen. Die Majorität der Ritter- und Landschaft sieht in dieser allgemein gehaltenen Bestätigung der Landesrechte die Rechte des Landes bedroht und verlangt, daß Seitens des Königs der Landesrezess vom 15. September 1702 pure bestätigt werde, gleichwie er unter dem 27. August 1729 von Georg II., unterm 21. Juni 1765 von Georg III. bestätigt worden ist. Ebenso wurde der Landesrezess durch die Versicherungskarte vom 6. Dezember 1816, welche zugleich mit dem Besitznahmepatente von demselben Datum, unterm 27. Juli 1816 im Herzogthum publizirt, von Friedrich IV. und später von seinen Nachfolgern bestätigt. Durch das Patent vom 20. Dezember 1853, wodurch die Ritterschaft in ihrer jetzigen Zusammensetzung geschaffen wurde, erhielt der Rezess im Allgemeinen auch wieder die Bestätigung, insbesondere aber die darin enthaltenen Punkte, daß auch künftiglich dem Lande eine Regierung, ein Konsistorium und ein Hofgericht verbleiben solle. In dem Konvente hat man nun mit großer Majorität gegen eine kleine, vorzugswise aus den bürgerlichen Deputirten bestehende Minorität beschlossen, das Ministerium für Lauenburg zu ersuchen, daß es die namhafte Bestätigung dieses Patents vom 20. Dezember 1853 bei Sr. Majestät dem König veranlaßte. Aus diesem Beschlusse sehen wir auf's Neue, daß die lauenburgische Ritter- und Landschaft stets bemüht ist, ihr Sonderinteresse, welches mit den Interessen und der Wohlfahrt des Landes nur zu häufig kollidiert, zu vertreten. Der Landesrezess ist, abgesehen von einigen Nebenpunkten, eine Urkunde, welche einigen Staatsbürgern so umfassende Privilegien ertheilt, daß eine Regierung, welche die Wohlfahrt aller Landesunterthanen zu befördern sich bemüht, nicht damit regieren kann, wir erinnern nur an den sechszehnten Punkt des Rezesses, das Punctum Collectarum oder die Vertheilung der Steuern anlangend. Sobald an den Staat irgend welche größere Anforderungen und Verpflichtungen herantreten, wie es jetzt auch bei Lauenburg der Fall ist, muß dessen Finanzsystem sich fest auf den Grundsatz stützen, daß das Einkommen aller und jeder Staatsbürger ohne Ausnahme die Lasten zu tragen habe. Wird durch die bestehenden Steuergesetzgebungen, wie neuerdings wieder durch den §. 43 der provisorischen Wegeordnung vom 5. August d. J., ein großer Theil der Staatsbürger eximirt, so werden solche Gesetze, mögen sie nun so oft sie wollen bestätigt worden sein, zu dem allergrößten Unrecht für die Belasteten. Wir könnten uns freuen, wenn im Patente vom 13. September d. J. der Landesrezess nicht erwähnt wurde, weil wir darin die Absicht des neuen Landesherrn erblickten, die gerechtesten Wünsche des Landes zu realisiren. Andererseits halten wir den vom Landeskongreß gefassten Beschluß, Opposition gegen den ersten landesherrlichen Erlass zu machen, für sehr bedenklich; nur auf einen Punkt dürfen wir aufmerksam machen: kann die Regierung eines Landes, dessen Bewohner Schutz und Anerkennung finden, zu welcher christlichen Religion sie auch gehören mögen, sich dazu verstehen, einen Passus, wie den zweiten im Landesrezess, zu bestätigen, ohne sich allen möglichen Verlegenheiten auszusetzen?

Oestreich. Wien, 23. September. Officiös wird versichert, daß, wenn die Verhandlungen mit Ungarn scheitern, die westlichen Kronländer ihre Verfassung behalten werden. Unter dem Ausdruck „gesetzliche Vertreter“ der anderen Kronländer, denen, laut kaiserlichem Manifest, die Resultate der mit den Landtagen Ungarns und Kroatiens geplante Verhandlungen vorgelegt werden sollen, sind nicht die einzelnen Landtage zu verstehen, sondern eine von den Landtagen der Länder diesseits der Leitha erwähnten Versammlung ad hoc.

— Aus Venetia, 19. Sept., wird der „A. A. Z.“ geschrieben: „Zu Gunsten der durch die Cholera heimgesuchten Bewohner von Ancona, S. Severo und Sinigaglia werden hier, mit Bewilligung der Behörde, öffentliche Sammlungen vorgenommen, und sind schon ansehn-

liche Summen eingegangen. Außerdem wurden in den meisten Städten Wohlthätigkeits-Akademien zu demselben Zweck veranstaltet und sehr ansehnliche Beträge bereits nach Ancona und S. Severo gesandt.“ In Triest waren solche Sammlungen noch kürzlich verboten worden.

Hannover, 20. September. Professor Virchow's Anwesenheit auf der Versammlung der Naturforscher und Ärzte gab gestern Veranlassung zu einer politischen Demonstration. Seine zahlreichen Verehrer brachten ihm gestern Abend durch eine Nachtmusik Anerkennung und Huldigung dar. Bald nach 10 Uhr zogen Bürger, Turner, Arbeiter und Sänger unter den Klängen der Musik vor das Haus des Bankiers Adolph Meyer in der Schillerstraße, in welchem Virchow als Guest des Medizinalraths Müller wohnt. Nach einigen Stücken und dem Liede „Dir will ich diese Lieder weihen“, brachte Senator Schläger ein dreifaches Hoch auf Herrn Professor Virchow aus und leitete dasselbe mit den Worten ein: Nicht dem Manne der Wissenschaft, der weit und breit geehrt und gefeiert werde, gelte diese Versammlung, ihr Dank, ihre Huldigung; sondern dem deutschen Manne, dem Manne des Wortes, dem Manne der That, dem Volksmann, der seine Brust kühn dem Bruche des Rechts und der Verfassung entgegen geworfen, und ihn abzuwehren und zu verhindern gestrebt hätte, welchem der Ruhm des Vaterlandes, die Größe Deutschlands über Alles gelte und dessen Worte von der Tribüne der preußischen Kammer herab in der Brust eines jeden deutschen Mannes begeisternd widerklängen, dem bringe er als unserm Muster und Vorbilde ein dreifaches donnerndes Hoch! Die zu Tausenden angeschwollene Versammlung wiederholte das Hoch unter brausendem Jubel. Virchow antwortete aus dem erleuchteten Saal des ersten Stockwerks: Liebe Freunde, ich war zu Euch gekommen als Naturforscher und Ihr habt mich ehren wollen als Bürger! Nehmt meinen herzlichen Dank dafür! Aber lasst Euch sagen, daß die deutschen Naturforscher so weit gekommen sind, daß sie es empfinden und wissen, daß jeder deutsche Mann zuerst die Pflicht hat, ein deutscher Mann zu sein, bevor er irgend etwas anderes sein will und sein soll, und daß jeder von uns ausgehe von dem Gedanken des großen und einzigen Vaterlandes. In diesem Sinne sind die Naturforscher-Versammlungen gestiftet worden als eines der Mittel, um den deutschen Geist zu sammeln zu gemeinsamen Zwecken, um das zerstreute Wesen zusammen zu fassen zu einem Wirken; und die deutschen Naturforscher-Versammlungen haben die Ehre gehabt, zuerst von allen in Deutschland wirtschaftsam zu sein. So stehe ich nun unter Euch, und ich nehme meine Ehre mit in Anspruch für alle meine Kollegen, von denen ich hoffe und erwarte, daß jeder von ihnen seiner Zeit, wenn die Reihe an ihn kommt wird, auch da stehen wird, als ein rechter deutscher Mann; denn Ihr müßt es wissen, daß alles gute, neuere deutsche Wesen ausgängen ist von der Erkenntnis des gelegtmäßigen Wirkens in der Natur, daß alle die neueren Bestrebungen davon herkommen, daß man erkannt hat, wie das in jedes einzelnen Menschen und einzelnen Wesens Brust und Körper gepflanzte Gesetz auch Gültigkeit haben muß gegenüber aller Willkür, und daß von diesem Recht des Einzelnen aus sich gestalten muß das ganze Wesen unseres Staates. Und in dieser Überzeugung läßt uns fortfahren, zu wirken und zu handeln jeder an seiner Stelle und jeder nach der Pflicht, die uns allen gemeinsam ist. Dann, Freunde, bin ich überzeugt, daß auch wir es noch erleben werden, wonach man so lange gestrebt hat: daß einige deutsche Vaterland. Und nun gestattet mir, daß ich hier ausbringe ein dreimal donnerndes Hoch auf das gemeinsame Vaterland, daß es bald kommen möge, und daß wir in ihm zusammen nach dem einen großen gemeinsamen Ziele, nach nationaler Bildung und Wohlfahrt streben mögen. „Es lebe hoch!“ Die Worte des Redners erweckten begeisterten Beiderhall; die Musik fiel mit dem Arndtschen Vaterlandsliede ein, in das Sänger und Versammelte einstimmten. — Als nächster Versammlungsort der Naturforscher und Ärzte ist Frankfurt erwählt worden. (Wes. Z.)

Die Seminar-Eröffnung in Koźmin.

Am 2. Oktober 1854 fand nach vorangegangener Korrespondenz die erste Verhandlung mit dem Vorbesitzer des ehemaligen Schlosses Koźmin, Oberamtmann Graes, wegen Ankaufes des Schloß-Groundstücks zum Zwecke der Errichtung eines evangelischen Schul- und Seminars statt. Da das königl. Provinzial-Schul-Kollegium sich gegen den Vorichlag des Bürgermeisters Rex, das ganze, dem Herrn Graes gehörige Besitzthum für die zu errichtende Anstalt anzukaufen, entschied, so mußten die Verhandlungen weiter fortgeführt werden, womit der biegsige Bürgermeister Rex beauftragt war. Indessen kam das Kaufgeschäft nicht zu Stande — weil die Mittel fehlten — und es verzögerte sich dasselbe bis zum 11. November 1855, an welchem Tage der frühere Oberpräsident v. Buttstädt hier erschien, den Bürgermeister Rex mit Aufnahme der Punktation beauftragte, und gestützt auf diese, sowie auf den Auftrag des Herrn Oberpräsidenten, schloß Rex am 14. November 1855 für Fiskus den gerichtlichen Kaufvertrag und übernahm am 1. April 1856 gegen Erlegung des Kaufsumme im Betrage von 9000 Thlr. Rentenbriefe für Fiskus das Schloß. Das Ministerium war fortgesetzt nicht in der Lage, die Mittel beregeben zu können, und um die Binsen zu gewinnen, mußte das Schloß vom 1. Oktober 1856 an miethsweise genutzt werden. Obgleich nun bedeutende Reparaturen vorgenommen werden mußten, auch die Grundsteuer und Feuerlöschungsbeiträge gezahlt wurden, ergab sich bereits am 1. April 1859 nach Abzug der Binsen ein reiner Überschuß von 320 Thlr. Erst im Frühjahr 1859 bewilligte der Staatshaushaltsetat die Kaufsumme und die erste Rente für den Ausbau. Da die Rentenbriefe zum Kauf in natura zu erstatten waren, schlug Rex am 5. Mai 1859 den Ankauf derselben vor, wodurch die Kaufsumme sich auf 6930 Thlr. wiede vermindert haben, doch die verschiedenen Beschlüsse, die jener Vorschlag notwendig machte, verzögerten den Ankauf bis in den Monat Juli 1859 und jetzt gelang es, die Rentenbriefe nur noch für den ungefähren Betrag von 7800 Thlr. zu erhalten.

Dies ist also die Kaufsumme für ein großes Schloß mit einem 16 Morgen 28 Q.-Mts. großen Garten und 4 Morgen 17 Q.-Mts. Baustellen nebst Stallgebäuden und Gärtnerei.

Nachdem nunmehr 1859 die Voranschläge zum Ausbau fertiggestellt waren und viele Abänderungen erfahren hatten, wurde am 1. April 1862 mit demselben begonnen.

Seitens ist wohl einem Bau eine solch allgemeine Theilnahme geschenkt worden als diesem; die Spitäler der Provinz, Räthe aus Berlin u. c. nahmen sehr oft von dem Fortgang Kenntnis und sorgten dafür, daß das Gebäude überall auf das Zweckmäßige eingerichtet wurde.

Jetzt, wo der Bau seiner Bestimmung übergeben worden ist, sieht man diese Sorgfamkeit.

Am 20. d. Mts. fand die feierliche Eröffnung der Anstalt, deren Ausbau ohne jeden Unfall bewältigt ist, statt.

Die Bevölkerung, von der Bedeutung der Anstalt für unsere Stadt und Provinz durchdrungen, hatte die Häuser äußerlich abgeplättet, so daß der Ort ein recht freundliches Ansehen gewonnen bat. Die Feier ist auch durch die außerlichen Gaben, die zur Erhöhung derselben beitragen, gekrönt worden: glänzendes Wetter und lebhafte Beteiligung von Stadt und Land, von Festgenossen aus der Nähe und Ferne. Mit rüstigem Eifer war in den vorbergehenden Wochen die letzte Hand an die Vollendung des Seminargebäudes und der angemessenen Herstellung der nächsten Umgebungen derselben gelegt worden. Der Schaukuck der zahlreichen schwarz-weißen Fahnen, von denen die beiden größten vom Thurne des Seminargebäudes herabwanden, und der großen Eichenlanzenländen, machte einen äußerst befriedigenden Eindruck. Die Festgäste trafen zum Theil schon am Vorabende ein. Es fehlte Niemand von denen, die zur Uebung amtlicher Tätigkeit erwartet wurden. Um 10 Uhr Vormittags begann die Feier mit einem Gottesdienste in der evangelischen Kirche, deren beschränkte Raumlichkeit, wenn je, dann gerade an einem

Hamburg, 25. September, Vorm. Das heute hier eingetroffene „Schleswigsche Verordnungsblatt“ bringt folgende vom Gouverneur General-Lieutenant v. Mantaußel unterzeichnete Bekanntmachung: „Se. Majestät der König von Preußen haben durch Allerhöchste Kabinettsordre vom 13. d. M. den Baron Hugo v. Pleissen zu Eckendorf zum Amtmann der Amtshauptmann Gottorf und Hüttten zu ernennen geruht.“ — Aus dem offiziellen Programm für die Feierlichkeiten, welche zu Ehren Sr. Maj. des Königs in Ratzeburg veranstaltet werden, geht hervor, daß die Erbhuldigung des Landes durch die lauenburgische Land- und Ritterschaft am Dienstag stattfinden wird. — Der Lübecker Senat entsendet, wie ein Telegramm der „Hamb. Nachrichten“ meldet, den Senator Curtius zur Begrüßung des Königs nach Ratzeburg, nachdem auf die desfallsige Anfrage eine freundliche, zustimmende Antwort in Lübeck eingetroffen war. — General-Lieutenant v. Mantaußel begab sich gestern Abend, wie man demselben Blatte aus Schleswig telegraphisch meldet, mit Extra-post nach Flensburg. Von dort begibt sich der Gouverneur nach Sonderburg.

Hamburg, 25. September, Mittags. Der König von Preußen wird bei seiner heute erfolgenden Durchreise nach Lauenburg, wie verlautet, durch den Bürgermeister Haller Namens des Senats begrüßt werden. — Nach einer offiziellen Mitteilung aus Kiel hat der Statthalter Feldmarschall-Lieutenant v. Gablenz die Redakteure der holsteinschen Zeitungen zur Einsendung eines Censur-Exemplars an die Behörde verpflichtet.

Großbritannien und Irland.

London, 22. Sept. Bei einem Richter in Dublin, Namens Sheo, ist eine Haussuchung vorgenommen worden. Man suchte eine Waffenniederlage, fand aber nichts. Es sind aus England Polizei-Agenten in die Provinzen Irlands geschickt worden, um Verhaftungen vorzunehmen. Man glaubt, der Fenianismus habe Anhänger unter dem Personal der Lokalpolizeibehörden. Ein englisches Dampfschiff ist abgesegelt, um ein erwartetes amerikanisches Schiff mit Waffen einzufangen. Ein Kanonenboot verläßt jeden Tag Queenstown und kehrt des Abends zurück. In Salford haben Verhaftungen von Fenieren stattgefunden. Die Fenier sind in Liverpool sehr zahlreich. Der „Cork Examiner“ erwähnt das Gericht, nach welchem unter den Truppen die Unzufriedenheit sehr verbreitet sein soll. Die „Constitution“ sagt, eine gute Zahl Soldaten seien der Gegenstand der Übermachung, weil man sie für Anhänger der Fenier halte. Die mit Beschlag belegten Dokumente sind so zahlreich, daß jeden Tag mehrere Stunden auf die Prüfung derselben verwendet werden. Das Journal „Cork Constitution“ meldet die Verhaftung zweier Sergeanten, die zu den Fenieren gehören. Am vorigestrigen Tage wurden in Manchester und Sheffield mehrere Fenier verhaftet.

London, 23. September. Vereinzelte Verhaftungen sind in mehreren Grafschaften vorgenommen worden. Die größte Wachsamkeit wird in Queenstown entfaltet; daß ein Schiff, beladen mit Waffen und Munition, aus einem amerikanischen Hafen nach Irland abgesegelt sei, gilt als feststehend. Ein gewisser C. U. O'Connell, angeblich Kapitän der Unionsarmee, ist bei seiner Ankunft im Hafen festgenommen worden; er führt Waffen und Schriftstücke bei sich.

— Begleitet von dem Marquis v. Azeglio, dem Obersten Morra und den Hauptleutenotti und Salvatico ist Prinz Amadeus von Savoyen in Dublin angelommen. Sein erster Besuch galt der Ausstellung

London, 25. Septbr., Vorm. Die amerikanische Post, welche der „Peruvian“ aus New York vom 16. d. Mts. überbracht hat, enthält keine politischen Nachrichten von Belang. Ein englisches Kanonenboot, welches in Halifax (Nova Scotia) eingetroffen und bei der Stelle vorbeigesegelt war, wo man die Bojen des atlantischen Kabels gelegt hatte hatte dieselben nicht gesehen.

solchen Tage, nicht im Stande war, die Menge der aus der Gemeinde und aus der Ferne Erreichenden zu fassen. Selbst die amtlich Beteiligten fanden nur mit Mühe Platz finden. Nach dem Einganglied „Herr Jesu Christ, Dich zu uns wend“, und dem vom Pfarrer der Kirche, Herrn Pastor Fischer, verwordeten ersten Theile der Liturgie bis zum „Glauben“, und nach dem Hauptlied „Lobe den Herrn, den mächtigen König der Ehren“ ward von dem Herrn General-Superintendenten Dr. Cranz die Heitpredigt gehalten über Epistel St. Judae, Vers 20 und 21: „Ihr aber, meine Lieben, erbauet Euch auf Euren allerbesten Glauben durch den beitigen Geist und betet und belebt auch in der Liebe Gottes, und wartet auf die Barmherzigkeit unsers Herrn Jesu Christi zum ewigen Leben“, und wurden aus dem Texte die Segenswünsche der christlichen Gemeinde für das Werk der Eröffnung des Seminars entwickelt. Der Superintendent, Herr Esche aus Borel, betete das allgemeine Kirchengebet und das Vaterunser und ertheilte den Segen. Unter Vorantritt der Militärmusik bewegte sich nun, umwoht von der dichten Volksmenge, der geordnete Festzug, an der Spitze die Vertreter der hohen und höchsten Behörden, Herr Geheimer Rath Dr. Stiehl, Herr Oberpräsident Horn, Herr Regierungspräsident Toop, Herr Provinzial-Schulrat Dr. Mebrin, Herr Ober-Regierungsrath v. Bünting, Herr Konfessorial- und Schulrat Jäkel aus Posen, Herr Konfessorialrat Rödenbeck aus Posen, Herr Präfekt Naumann und Herr Regierungs- und Schulrat Junglaß aus Bromberg, der Kreis-Vorstand Herr Kruppa aus Kröpelin; darauf der Direktor, die Lehrer und die Böglings des Seminars, dann unter Führung des geistlichen Oberhaupten der Provinz, Herrn General-Superintendenten Dr. Cranz, circa 15 bis 17 Geistliche, an welche sich die deputirten Mitglieder des Magistrats und der Stadtverordneten von Koźmin, Lehrer, Gutsbesitzer und andere Ehrengäste anschlossen. Er ging von der Kirche durch die geschmückten Straßen der Stadt zum Seminar; fröhlich erlangt, von den Instrumenten unterstützt, der Gefang des Glaubensliedes: „Ein' feiste Burg ist unser Gott.“ Im Innern des Schloßhofes, an der Pforte des Mittelbaues, überreichte der königliche Baumeister, Herr Schmarow, dem die Leitung des Baus overtraut gewesen, den Schlüssel dem Herrn Geheimen Rath Dr. Stiehl, welcher im Auftrage Sr. Excellenz des Herrn Ministers der geistlichen und Unterrichts-Angelegenheiten zur Eröffnungfeier erschienen war. Derselbe wies hin auf die königliche Huld und Fürsorge, durch welche das Werk nun zum Bielle geführt sei, brachte ein Hoch auf Se. Majestät, in welches die Versammlung kräftig einstimmte, und übergab den Schlüssel dem königlichen Ober-Präsidenten Herrn Horn, damit er als Vorsteher des königlichen Provinzial-Schul-Kollegiums von dem Gebäude Besitz ergriffe. Mit wenigen Worten bezeugte derselbe den Dank und die Freude, welche in diesem Augenblicke die Herzen erfüllten mühten, und forderte nun den Direktor des Seminars Herrn Stoll auf, die Eröffnung des Hauses zu vollziehen. Mit einem „Das walte Gott“ auf die Böglings des Hauses zu vollziehen. Mit einem „Das walte Gott“ geschah dieselbe. Der Seminaridirektor führte nun als Haussvater, von seinen Mitarbeitern, den beiden Herren Lehrern und den Seminaristen gefolgt, den Festzug, während die Musik im Schloßhofe das Breitenthalspielte, binauf in den Befestigungen. Es war absichtlich von demselben jede anderweitige Ausschmückung fern gehalten worden. Seine Größe (45' lang, 39' breit, 19' hoch), seine einfache, zweckentsprechende Ausmalung, seine stattliche Orgel in den Farben von Weiß und Gold, ein Werk der Gebrüder Walter in Greifswald, die auch noch die im Musikaal sich befindende kleine Orgel ausführten: Alles vereinigte sich, um einen höchst würdigen Eindruck hervorzurufen. — Während des Bräudiums füllte sich der Saal mit den Festgästen. Demnächst wurde von der Versammlung unter Obhüldigung der Geistlichkeit der Feier: „Dreitningar Gott ic.“ Herr Geheimrat Dr. Stiehl stellte hierauf in seiner Eröffnungsrede die Bedeutung dieses festlichen Tages in kräftigen Bildern dar, indem er jedes Wort der Bezeichnung: „Ein königlich preußisches evangelisches Schul- und Seminar“ in das rechte Licht setzte, die Aufgabe des Seminars beschreibend, eine Pflanzschule zu

sein zur Heranbildung an Herz und Geist tüchtiger Lehrer, die sowohl im lebendigen evangelischen Glauben und in gründlicher Erkenntniß, als in acht Provinzial-Schul-Collegium in der Person des Vertreters des selben, des Herrn Ober-Präsidenten Horn, der hierauf in warmen Worten die Freude und den Dank der evangelischen Bevölkerung der Provinz für dieses Werk königlicher Huld und Fürsorge und des Zusammenwirks der hohen weltlichen und geistlichen Behörden ausprach. Herr Provinzial-Schul- und Konfessorialrat Dr. Mebrin, welcher die thätige Theilnahme und ausbarrende Geduld, die er seit 10 Jahren der Förderung dieses Werkes gewidmet hat, an diesem Festtage belohnt sah, führte der Versammlung in eingebender Weise aus der Geschichte der Einrichtung des Werkes vor Augen, welchenschreidende Bedürfnisse der evangelischen Bevölkerung der Provinz jetzt Befriedigung genährt sei. Er übergab demnächst dem Direktor und den beiden Lehrern, Herrn Musiklehrer Berger und Herrn Isener, ihre Bestallungs-Urkunden und ermaubte sie zu treuer Amtsführung in inniger Eintracht, und die Seminaristen, von deren Zahl 21 nur zwei nicht anwesend waren (einer wegen Krankheit), zu Gehorsam, Fleiß und aufrichtigem Wandel vor Gott. Ein sehr wohlthuender Eindruck machte der vom Musiklehrer Berger komponierte und sehr sorgfältig eingeübte Gefang der Seminaristen, welchen die Worte Psalm 119, 16–17 und Psalm 25, 4 zu Grunde lagen. Diese Schriftworte waren es auch, an welche hierauf der Seminaridirektor Stoll seine Rede ansetzte, und aus denen er einige wichtige pädagogische Grundlagen herleitete, um sie theils auf seine eigene, ihm befohlene Arbeit, theils auf das Werk seiner beiden Mitarbeiter, theils auf das Verhalten der Böglings anzuwenden. Er unterließ auch nicht, seinem Danke gegen den Lehrer und väterlichen Freund und Berater seiner Jugend den vormaligen Rektor der lateinischen Schule in Goldberg, jetziger Pastor Kauffmann in Klempzig bei Bützow, einen herzlichen Ausdruck zu geben. — Auf einen abermaligen kurzen Gefang der Seminaristen: „Lobe den Herrn, meine Seele“, Psalm 103, 1, 2, folgte der Schlüß der Feier mit Gebet, Vaterunser und Segensherleitung, und mit dem Gefange der Versammlung: „Die Gnade unseres Herrn Jesu Christi“ u. s. w. — Die regste Aufmerksamkeit der Versammlung war der Feier von Anfang bis zu Ende, 12½ Uhr, zu Theil geworden. — Um 2 Uhr ward im großen Speisesaal des Seminars das Festmahl eingenommen, um dessen Herstellung und stattliche Ausführung Herr Ober-Landes-Gerichtsrath Möller aus Görlitz sich allgemein anerkannte Verdiente erworben hatte; 86 von dem königl. Provinzial-Schul-Kollegium geladene Gäste und außerdem die Seminaristen waren vereint. Die Kosten auf Se. Majestät, unsern allernädigsten König, auf den Vertreter Sr. Excellenz, des Herrn Ministers der geistlichen und Unterrichts-Angelegenheiten, auf das Seminar, auf die Stadt Koźmin, auf die, welche das Werk der Begründung und Einrichtung des Seminars kräftig betrieben und ausgeführt hatten, wurden lebhaft aufgenommen. Der Gefannteindruck der ganzen Feier ist ein nach allen Seiten befriedigender gewesen. Die Theilnahme aller Klassen der Bevölkerung, der städtischen, wie der ländlichen, der evangelischen, wie der katholischen, der deutschen, wie der polnischen, die würdige Haltung der zusammengebrachten Menge befundet, daß die Gemeinnütztheit eine Empfindung davon hat, daß der Stadt eine große Wohlthat zugefallen, daß eine Segensquelle für das Ganze eröffnet ist. Auch die volkischen Herren Geistlichen und Gutsbesitzer, die eingeladen worden waren, drückten in ihren Abschiedsreden ihr lebhaftes Bedauern aus, durch das Quartier-Bauen an dem Erscheinen behindert zu sein. Möge die gemeinsame Freude und einträchtige Beteiligung an der Festlichkeit ein Unterfangen gestärkter Eintracht und friedlichen Zusammenlebens der ganzen Bevölkerung dieser Gegend

Belgien.

Brüssel, 23. Septbr. Die Septemberfeste haben heute ihren ziemlich unmerklichen Anfang genommen. Die Regierung hat diese 35ste Jahresfeier der belgischen Unabhängigkeit damit eröffnet, daß sie Herrn Ch. Longuet, den Hauptredakteur der „Rive Gauche“, seinem Mitarbeiter Rogeard ins Exil nachschickte. Herr Longuet hat dem gestern ihm zugestellten Ausweisungsdoktorene heute Folge geleistet und sich gleichfalls nach Deutschland gewandt. — Der König, der seit Anfang ablaufender Woche auf Schloß Laeken zurück ist, erfreut sich des besten Wohlseins. Heute hat Se. Majestät die Blumenausstellung im Justizpalaste eröffnet und wird morgen dem Pferderennen beiwohnen. (K. 3.)

Schweiz.

Bern, 22. September. Nach bald vierzehntägigem Beisammensein hat die vom Nationalrath für die Verathnung der Bundesverfassung & Revisionsfrage eingesezte Fünfzehner-Kommission ihre Arbeit endlich beendigt. Ihrem Antrage zufolge sollen folgende, theils neue, theils nur revidierte Artikel in die Bundesverfassung aufgenommen werden:

Art. 37. Die Festlegung von Maß und Gewicht ist Bundesache. — Art. 41. Der Bund gewährleistet allen Schweizern das Recht der freien Niederausübung im ganzen Umfange der Eidgenossenschaft, dabei genießt der Niedergelassene alle Rechte der Bürger des Kantons, in welchem er sich niedergelassen hat, mit Ausnahme des Mitanteils an den Gemeinde- und Korporationsgütern. In Betreff des Stimmrechts in Gemeinde-Angelegenheiten ist er den niedergelassenen Kantonbürgern gleich zu halten. Dem Niedergelassenen wird insbesondere freie Gewerbe-Ausübung und das Recht der Erwerbung und Veräußerung von Liegenschaften zugesichert, nach Maßgabe der Gesetze und Verordnungen des Kantons, welche in allen diesen Beziehungen den Niedergelassenen dem eigenen Bürger gleich halten sollen. — Artikel 44. Die Glaubensfreiheit ist unverzichtlich. Um des Glaubensbekennnisses willen darf Niemand in bürgerlichen oder politischen Rechten beschränkt werden. Die freie Ausübung des Gottesdienstes ist den anerkannten christlichen Konfessionen, sowie innerhalb der Schranken der Sittlichkeit und öffentlichen Ordnung auch jeder andern Religionsgemeinschaft im ganzen Umfange der Eidgenossenschaft gewährleistet. Den Kantonen, sowie dem Bunde, bleibt vorbehalten, für Handhabung der öffentlichen Ordnung und des Friedens unter den Konfessionen und Religionsgemeinschaften die geeigneten Maßnahmen zu treffen. — Art. 58. Sämtliche Kantone sind verpflichtet, alle Schweizerbürger, in der Gesetzgebung sowohl, als in gerichtlichen Verfahren, den Bürgern des eigenen Kantons gleichzuhalten. — Art. 64. Wahlfähig als Mitglied des Nationalrathes ist jeder stimmberechtigte Schweizerbürger. Naturalisierte Schweizerbürger müssen seit wenigstens fünf Jahren das erworbene Bürgerrecht besitzen, um wahlfähig zu sein.

Italien.

Florenz, 20. September. Dem „Vaterland“ wird von hier geschrieben: „Noch im Herbst vorigen Jahres dachte man ernstlich daran, eine passende Partie für den Kronprinzen Humbert zu finden. Da die Zahl der katholischen Prinzessinnen in Europa eine sehr geringe war, so wurde jenseit des Oceans gesucht und bisher sehr geheim gehaltene Versuche gemacht, die Hand einer brasilianischen Prinzessin für den Thronfolger Neu-Italiens zu erhalten. Die Versuche scheiterten und wurden alle ferneren Heirathsprojekte bis auf Weiteres vertagt. Da begann der Kronprinz zu kränkeln, sein Leiden machte bemerkbare Fortschritte und heute sind die Gesundheitsverhältnisse des Prinzen derartige, daß auf über-einstimmenden Rath der Ärzte vorläufig jeder Gedanke, denselben zu verheirathen, aufgegeben wird. Im Monate Mai dieses Jahres nun versammelte sich der königl. Familienrat, um über die Mittel zur weiteren Behandlung des Prinzen zu berathen. Der Kronprinz ist, wie gesagt, sehr leidend; der jüngste Sohn des Königs, Prinz Odore, misgestaltet und ebenfalls von schwächlicher Gesundheit und daher die Verheirathung dieser beiden Prinzen schwer. Die Aussicht auf eine weitere Fortpflanzung der Dynastie liegt demnach auf dem zweitgeborenen Sohne des Königs, dem Prinzen Amadeus, einem kräftigen und bis jetzt sehr gesunden jungen Manne. Es wurde daher beschlossen, für den Prinzen Amadeus eine Gemahlin zu suchen, und es wiederholten sich die früheren Schwierigkeiten. Besannlich war General Cialdini vor einigen Monaten in Spanien gewesen und dieser leitete die Aufmerksamkeit des Königs auf die älteste spanische Infantin Donna Maria, und da in diese Zeit die Verhandlungen wegen der Anerkennung Italiens durch Spanien fielen, so wagte man einige leise Andeutungen. Da aber auch diese nicht sehr gut aufgenommen worden zu sein scheinen, so unterließ man weitere direkte Schritte und wendete sich an den Helfer in der Not, den Kaiser Napoleon, und dieser versprach auch, bei der nun stattgefundenen Zusammenkunft mit der Königin von Spanien, das Heirathsprojekt zu Sprache zu bringen. Louis Napoleon hielt sein Versprechen, und wenn es ihm auch nicht gelungen ist, eine direkt zustimmende Antwort zu erhalten, so schienen doch mehrere früher obwaltende Bedenken der spanischen Königsfamilie überwunden zu sein, und die Heirath hat allerdings einige Chancen, wenn auch von einer bestimmten Zusage bis jetzt noch keine Rede ist. — Zwischen dem Könige und seinem Schwiegersohne, dem Prinzen Napoleon, ist in letzter Zeit eine große Spannung eingetreten. Dass die Ehe des Prinzen keine besonders glückliche ist, war schon seit lange kein Geheimnis. In letzter Zeit nun scheint die Prinzessin Clotilde in einem Briefe an ihren Vater sich über ihre Lage und die ihr zu Theil werdende Behandlung bitter beschwert zu haben. Der König scheint seinem Schwiegersohn etwas der Text gelesen zu haben, worauf er von diesem einen höchst insolenten Brief erhielt, in Folge dessen die gegenseitige Erbitterung eine sehr große und das Verhältniß ein sehr gespanntes ist.“

Das „Mémorial Diplomatique“ meldet jetzt ganz bestimmt, daß der Papst in seiner, an das nächste Konistorium zu richtenden Allocution auch von den Unterhandlungen des Komm. Begezzi sprechen und sich über die Bemühungen des Königs Victor Emanuel, eine Versöhnung der Kirche mit Italien zu Stande zu bringen, wohlwollend äußern werde, da ein von Herrn Boggio überbrachte eigenhändiges Schreiben des Königs eine sehr gute Wirkung hervorgebracht habe. Herr Boggio ist übrigens von Rom schon wieder nach Florenz zurückgekehrt.

Russland und Polen.

Petersburg, 22. September. Bis jetzt haben fünf Journale das neue Cenfūr-Reglement angenommen und zwar die russische „Petersburger Zeitung“, die „Stimme“, die „Moskauer Zeitung“, der „Russische Bote“ und der „Tag“. — Von 13. bis zum 23. August bat man in Drei einen Theil des 52. nördlichen Breitengrades gemessen. Diese von Russland, Deutschland, Belgien und England unternommene wissenschaftliche Arbeit hat eine genauere Ermittlung der Gestalt und der Dimensionen der Erde zum Zweck. — Die Hauptquellen des Petroleums sind im Kaukasus die Halbinsel von Apischeron und in Sibirien die Baikalgegend. Dergleichen hat man Quellen entdeckt am linken Kubanufer, an der Wolga, in den Gouvernements Kasan, Simbirsk und Samart und auch auf den Halbinseln Kertsch und Taman, ja bis in das Gouvernement Archangel. Regelmäßig wurden bisher nur die Quellen von Kertsch, Taman und Apischeron ausgebeutet. Vier Brunnen der beiden ersten lieferten unter der Leitung des Herrn Helmert vom Juli 1864 bis zum Juli 1865 gegen 300,000 Quart Petroleum. Die 220 Brunnen weißen und dunklen Raphtha auf Apischeron sind vom Staate vergrachtet. In der Gegend von Baku wurden im Jahre 1863 gewonnen 1960 Bud weißes Raphtha, in Bulaklan 300,000 Bud dunkles und an anderen Punk-

ten noch 30,000 Bud, zusammen 340,000 Bud zu 40 Pfund. Je tiefer der Brunnen, um so ergiebiger ist er. Der Brunnen zu Galasi giebt täglich 90 Bud, während andere von 2—20 Meter Tiefe täglich 2—40 Bud liefern. — Kaum ist die Eisenbahn von Moskau nach Troiza beendet und durch die zahlreichen Pilger eingeweiht, so geht man auch schon mit dem Gedanken um die Linie bis Jaroslaw auszudehnen, wodurch die Gouvernements Jaroslaw, Wologda und Kostroma mit Moskau in Verbindung kämen. — Während im Jahre 1863 der Handel Russlands mit der Mongolei sich auf 240,000 S.-R. belief, hat er im Jahre 1864 die Höhe von 600,000 R. erreicht, wobei noch nicht die Waaren veranschlagt sind, welche eine Karavane aus Jenisseisk ausführte. — Zwei Straßen sind bis jetzt im Gebrauch: die von Urga nach Wessche-Ulfkunst und die von dem Fort Achinsk über das Dorf Brevenski nach Urga, jedoch ist die zweite Straße sehr uneben. — Der ersten von Jenisseisk angelangten Karavane machten die chinesischen Behörden Schwierigkeiten, doch wurden dieselben durch den russischen Konsul in Urga beigelegt. — Auf der Ostküste des Kaukasus, namentlich in Suchum-Kale, Poti und im Fort Konstantinov hat sich die Cholera gezeigt. — Der Gesundheitszustand in Odessa ist befriedigend, doch fährt das niedergefeste Gesundheitskomitee, welchem zehn Kommissäre beigegeben sind, fort, alle Vorichtungsmaßregeln anzuwenden, um die Epidemie von der Stadt fern zu halten.

Aus Polen, 19. September. Die Bevorzugung, welche man allgemein wegen der Rekrutierung hier gehegt, scheint grundlos gewesen zu sein und das Geschäft ruhiger und besser von Statthen zu gehen, als man erwartet hatte. Die Nachrichten, welche mehrere auswärtige Blätter brachten, nach welchen sich eine bedeutende Anzahl junger Leute aus Furcht vor der Aushebung selbst den Tod gegeben haben sollen, sind ganz ungegründet, indem nur ein einziger Fall vorgekommen ist, wo ein Rekrut von der Wache entsprang und sich ins Wasser stürzte, aber sofort wieder herausgezogen wurde. — Wie es heißt, soll in Kürzem ein Utaf erscheinen, welcher die Regelung des Rekrutierungswesens betreffen und die Dauer der Dienstzeit fest bestimmen wird.

Außer den bereits bekannten Mitgliedern des Regulirungskomitee's wird noch eine Persönlichkeit aus Petersburg erwartet, die sich lediglich mit der Kontrollirung der einzelnen Kommissariate und deren Arbeiten zu beschäftigen haben wird, — denn man ist mit dem Fortgange der Angelegenheit im Allgemeinen nicht zufrieden und es treten immer wieder Störungen ein, die aus den Misgriffen herrühren, welche die Kommissarien hier und da bei den Vorarbeiten gemacht haben. Auf mehreren Gütern mußten die Grundlagen vollständig umgearbeitet werden, weil sie ganz ohne gesetzlichen Anhalt für die Regulirung waren.

Die Gesellschaft, welche der Regierung recht annehmbare Angebote für den Bau von Eisenbahnen gemacht, die aber nicht acceptirt wurden, soll sich jetzt nach Ostreich gewendet und dort Propositionen zu Eisenbahunternehmungen in Galizien gemacht haben.

Die russische Regierung hat eine zu bittere Erfahrung an der Eisenbahn Petersburger Bahn gemacht und ist jetzt mit den Konzessionen vorsichtiger.

Warschau, 24. September. Eine im heutigen „Dienst“ enthaltene tabellarische Uebersicht der bis jetzt angemeldeten und vom Komitee erörterten resp. festgestellten Liquidationen bestätigt den langsamem Gang der Thätigkeit des Komites. Nach dieser Tabelle haben bis zum 13. Sept. 2617 Güter ihre Liquidation eingeschickt, von denen 486 — also viel weniger als 20 p.C. — einer Erörterung bereits unterlegen haben. Unter den bereits erörterten Liquidationen sind 52 Majorate, fast lauter solche, die vom Kaiser Nicolaus als Majorate an russische Generale verschenkt wurden. Zählen wir noch die sehr vielen Güter, in denen die Streitigkeiten über das Klein und Dein zwischen Gutsbesitzern und Bauern so verwickelt sind, daß von der bloßen Einreichung einer Liquidation bei ihnen noch gar keine Rede sein kann, bevor die Regulirungskomissare an Ort und Stelle eine vorläufige Untersuchung vornehmen, so wird man einräumen, daß dem Regulirungskomitee seine Unthäitigkeit vorgeworfen werden darf. Diese Unthäitigkeit tritt noch mehr hervor, wenn wir in dem amtlichen Blatte lesen, daß von den oben erwähnten bereits erörterten 486 Liquidationen bis jetzt nur 29, also ungefähr ein Prozent der eingereichten Liquidationen, die Bestätigung des Komites erlangt haben. — Den Aemtern, die mit der hiesigen Regierungskommission der inneren Angelegenheiten in Korrespondenz stehen, ist die Weisung zugegangen, die ganz Korrespondenz mit dieser ihrer Oberbehörde ausschließlich in russischer Sprache zu führen. (D. 3.)

Griechenland.

Athen, 16. September. In den Grenzprovinzen herrscht gegenwärtig einige Sicherheit, die Räuberbanden haben sich nämlich auf türkisches Gebiet begeben. Sonst ist es aber noch sehr schlecht um die öffentliche Ordnung bestellt, denn erst vor einigen Tagen wurde in Patras ein Mann auf offener Straße durch einen Dolchstich getötet, und ein gewisser Dainos, der in Acarnanien in die Hände von Räubern gefallen war, mußte seine Freiheit mit einem Lösegeld von 3000 Drachmen erkauft. Die Regierung hat zum Theil hohe Preise auf das Einfangen, lebendig oder tot, von 15 Räubern geetzt. Auf S. Maura fanden Unordnungen statt, da sich dort das Gericht verbreite, in Athen sei eine Revolution ausgebrochen. Vom Minister des Innern, Kommundurus, ist ein Circular an die Präfeten und Unterpräfeten gerichtet, in dem er diese auffordert, die Bevölkerung vor der Verbreitung falscher Gerüchte, die gegen den Bestand der Verfassung gerichtet sind, zu warnen und geeignetenfalls energisch dagegen einzuschreiten. Diese „Gerüchte“ müssen sehr ernster Natur sein, denn ein Athener Blatt spricht offen davon, daß ein Theil der Opposition die Fahne der Restauration entfalten wolle. Andere wollen die Republik, noch Andere einen bloßen Scenenwechsel, was man in Griechenland ja schon wiederholt und bisweilen mit gutem Erfolg für die Emeutemacher versucht hat.

Amerika.

Der „Patrie“ gehen über Havannah Nachrichten aus Hayti vom 29. August zu. Die Belagerung von Cap Hayti dauerte fort. Der Präsident, welcher sich vor dem Platze befand, hatte Befehl ertheilt, daß die Besatzung des Dampf-Aviso's „Geffrard“ auf eine in Amerika gefauste Panzerfregatte übergesetzt werde. Diese Korvette sollte bald das Feuer auf die Stadt eröffnen. Falls sie den Erwartungen des Präsidenten nicht entspricht, wird dieser genötigt sein, die Belagerung aufzuheben.

Lokales und Provinzielles.

Posen, den 26. September.

[Schwurgericht.] Am gestrigen Tage hat die fünfte, diesjährige Sitzungsperiode des hiesigen Schwurgerichts ihren Anfang genommen, welche bis zum 17. Oktober andauern und folgende Anklagen zur Verhandlung bringen wird: am 25. September: 1) die Anklage wider den Wirtsböhnen Matthias Schulz wegen eines schweren Diebstahls im ersten Rückfalle; 2) wider den Tagelöhner Martin Kaczmarek wegen fünf schwerer Diebstahls im wiederholten Rückfalle; 3) wider den Tagelöhner Joseph Bogaczewski wegen Erpressung und verüchten einfachen Diebstahls und den Einlieger Martin Kocozowski wegen Erpressung; 4) wider den Seiler Franz Borski wegen vorsätzlicher Körperverletzung, welche den Tod eines Menschen zur Folge gehabt hat; am 27.: 5) wider den Biegelstreicher Franz Halamiski wegen vorsätzlicher Körperverletzung mit tödlichem Erfolge; am 28.: 6) wider

den Johann Julius Biermann wegen viermaliger Urkundenfälschung und einmaligen Betrugs; 7) wider den Tagelöhner Joseph Preuß wegen Raubes und die unverehelichte Tagelöhnerin Victoria Bielingka wegen Theilnahme an einem Raube; am 29.: wider die Tagearbeiter Mathias Spyrala und Stanislaus Grenda wegen schweren Diebstahls im wiederholten Rückfalle; am 30.: 9) wider den Dienstboten Karl Symanski wegen Mordes; am 2. Oktober: 10) wider den Tagearbeiter Johann Krzesinski wegen schweren Diebstahls im ersten Rückfalle; 11) wider den Einlieger Paul Parossa wegen schweren Diebstahls im ersten Rückfalle und die Tagelöhner Mathias Kretkowski und Joseph Plocieniczak wegen schwerer Heblerie; 12) wider den Arbeiter Maximilian Rynarzewski wegen verüchten schweren Diebstahls im ersten Rückfalle; am 3. Oktober: wider den Kaufmann Józef Freudentreich wegen Urkundenfälschung; 14) wider den Dienstboten Valentin Bachowiat wegen vorläufiger Brandstiftung; am 4.: 15) wider den Klempnergehilfen Ferdinand Nowinski wegen dreier schwerer Diebstahle im ersten Rückfalle; 16) wider den Tagearbeiter Anton Fengler wegen dreier schwerer Diebstahle im wiederholten Rückfalle, den Schuhmachermeister Joseph Böhm wegen eines schweren Diebstahls im ersten Rückfalle und die verehelichte Möbelpolierin Nica Schilling wegen gewohnheitsmäßiger Heblerie; am 5.: 17) wider den Fischer Joseph Grylewicz und den Schuhmachergehilfen Hilarius Symanski wegen eines schweren Diebstahls im ersten Rückfall, den Schneidergehilfen Mathias Ganalski und den Schuhmachergehilfen Martin Ganalski wegen schweren Diebstahls; am 6.: 18) wider den Komornik Joseph Teresniak wegen vorsätzlicher Körperverletzung, welche den Tod eines Menschen zur Folge gehabt hat; 19) wider den Tagelöhner Peter Slabolepski wegen schweren Diebstahls im ersten Rückfalle; am 7.: 20) wider den Arbeiter Anton Rufinski wegen schweren Diebstahls im ersten Rückfalle, den Schmid Franz Kurskowksi und die verehelichte Hedwig Rufinska wegen schweren Diebstahls; am 9.: 21) wider den Tagelöhner Jakob Dachter wege Raubes; am 10.: 22) wider den Schuhmacher Johann Maciejewski wegen schweren Diebstahls im ersten Rückfalle, gegen den Tagelöhner Johann Hauffe wegen schweren Diebstahls im wiederholten Rückfalle und den Handelsmann Moses Schlome Bythner wegen schwerer Heblerie; am 11.: 23) wider den Komornik Franz Włodarczyk wegen vorsätzlicher Brandstiftung; am 12.: 24) wider den Tagelöhner Joseph Gajewski wegen schweren Diebstahls im wiederholten Rückfalle und Widerstand gegen die Staatsgewalt und gegen die verehelichte Francisca Bednarska wegen Heblerie; 25) wider den Dienstboten Michael Adamowski wegen schweren Diebstahls und den Komornik Johann Woytniaik wegen Theilnahme an einem schweren Diebstahl im wiederholten Rückfalle; am 14.: 26) wider den Tagelöhner Thomas Gipka wegen dreier schwerer und eines einfachen Diebstahls im wiederholten Rückfalle und wegen Unterschlagung, den Arbeiter Michael Marcinkowski wegen eines schweren und eines einfachen Diebstahls und wegen Unterschlagung, den Wirth Karl Malinski und den Wirthssohn Martin Radomir wegen eines schweren und eines einfachen Diebstahls; am 16.: 27) wider den Tagelöhner Johann Stelmachik wegen schweren Diebstahls im ersten Rückfalle und den Arbeiter Thomas Olizynski wegen schweren Diebstahls im wiederholten Rückfalle; am 17. Oktober endlich: 28) wider die Restauratorenfrau Antonina Klarzynska und den Kommissär Michael Goes wegen wiederholter Urkundenfälschung. — Die Sitzungen beginnen, abweichend von dem sonstigen hiesigen Brauche, bereits um 8 Uhr Morgens; den Voris führt der Kreisgerichtsdirektor Albinius aus Orlowo.

Nach Eröffnung der gestrigen Sitzung stellte sich zunächst heraus, daß es an der gelegentlich erforderlichen Zahl von Geschworenen fehlte, indem nur 21 anwändig waren; es mußte daher zunächst zur Einberufung von 9 Ergänzungsgeschworenen geschritten werden, weshalb die Sitzung auf einige Stunden ausgezögert wurde. Die an diesem Tage verhandelten Anklagen boten ein besonderes Interesse nicht dar. Mathias Schulz war des ihm zur Last gelegten schweren Diebstahls geständig und wurde daher unter Annahme milderer Umstände zu 6 Monaten Gefängnis, 1 Jahr Stellung unter Polizeiaufsicht und einjähriger Unterfagung der Ausübung der bürgerlichen Ehrenrechte verurtheilt; Martin Kaczmarek war der ihm zur Last gelegten schweren Diebstahls in drei Fällen geständig, wurde in den beiden übrigen auch für schuldig befunden und, da er ein bereits mehrfach bestrafter Diebstahl ist, unter Ausdruck milderer Umstände zu 6 Jahren Buchtbau und sechsjähriger Stellung unter Polizeiaufsicht verurtheilt.

— [Königliches Marien-Gymnasium.] Das Programm des vierten f. Marien-Gymnasiums für das Schuljahr 1864/65, welches soeben ausgegeben ist, enthält eine wissenschaftliche Abhandlung vom Gymnasiallehrer Th. von Jafowicki: „Ueber die Gründung des Russenreichs“, so wie die Schulnachrichten vom Direktor Professor Dr. Breitner. Wir entnehmen den leistigen Folgendes:

In Folge der bis zu 730 Schülern herangewachsenen Frequenz der Anstalt hat der Direktor in der Person des Professors Dr. Rybnariewicz am 24. Oktober v. 3. einen Gehilfen erhalten. Einen schweren Verlust hat die Anstalt durch den am 21. Jan. d. J. erfolgten Tod des Oberlehrers Berwinski erlitten; an Stelle desselben wurde der Oberlehrer L. v. Jafowicki vom aufgelösten Gymnasium zu Trzemeszno, welcher bereits seit Beginn des Schuljahrs an der Anstalt beschäftigt war, definitiv als ordentlicher Lehrer angestellt. Außerdem wurde der Oberlehrer Dr. Siforski, ebenfalls bereits seit genannter Zeit an der Anstalt thätig, seit April d. J. mit voller Stundenzahl am Gymnasium beschäftigt. Die Anstalt hat im Laufe des verflossenen Schuljahrs fünf Böglings durch den Tod verloren. Das Lehrercollegium besteht, incl. des Direktors, der technischen und Hülfsliebner, aus 29 Mitgliedern. Die Gesamtzahl der Schüler des Gymnasiums, incl. der Vorbereitungsklasse, betrug im Wintersemester 739, von denen 699 polnische und 40 deutscher Nationalität; im Sommersemester 733, von denen 690 polnische und 43 deutscher Nationalität waren. Zum Ostertermin d. J. hatten sich fünf Oberprimaner und ein Extraneus zur Abiturientenprüfung gemeldet, von denen drei daszeugnis der Reife erhielten. Zum Schluß des Schuljahres meldeten sich 28 Oberprimaner, von denen 27 für reif zu den Universitätsstudien erklärt wurden. In dem mit dem Marien-Gymnasium verbundenen Alumnat für Schüler der drei oberen Klassen, welche polnische Theologie zu studiren beabsichtigten, erhielten auch in diesem Jahre 60 Schüler, und in dem v. Soldorskischen und dem v. Lubanski'schen Konvikt 22 Schüler freien Unterhalt. Der Dr. Marcinkowski'sche Verein zur Unterstützung der lernenden Jugend im Großherzogthum Polen unterstützte auch in diesem Jahre eine nicht unbedeutende Zahl der Schüler theils durch Gewährung von Schul- und Klofgeldern, theils durch Anschaffung von Büchern und Kleidungsstücken, theils endlich durch Unterbringung in einem besondern Konvikt, wo die Böglings freie Wohnung und Befestigung erhielten. Das gräfliche v. Melkowsky'sche Stipendium im Betrage von 90 Thlr. jährlich erhielt vom 1. Oktober 1864 ab auf die Dauer von drei Jahren der frühere Böglings des Marien-Gymnasiums, jetzt Studirende der Philologie, Stan. Kazim. Dr. Die Gymnasialbibliothek, so wie die Schülerbibliotheken wurden auch im verflossenen Jahre theils durch Schenkung, theils durch Geschenke angemessen erweitert; für das physikalische Kabinett sind mehrere neue Instrumente und Apparate angefertigt worden und die vorhandenen, theils veralteten, theils beschädigten in brauchbaren Stand gesetzt. Die öffentliche Prüfung der Schüler hat am Sonnabend begonnen und endet heute mit Entlassung der Abiturienten. Das neue Schuljahr beginnt am 10. Oktober.

— [Die Michaelsferien] haben in unseren Schulen theils hente begonnen, theils beginnen sie morgen und dauern, in den höheren Schulen bis zum 9., in den Elementarschulen bis zum 4. Oktober inklusive.

